

Die EU kommt uns zu teuer!

Der Ausgang der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden hat mit einem Schlag die bisherige Propaganda der österreichischen Parlamentsparteien für die EU-Verfassung in Nichts aufgelöst.

Die Ablehnung einer Volksabstimmung in Österreich stellt sich als Angst vor der Stimme der WählerInnen in unserem Land heraus. Es stellt sich die Frage, wie lange sich die Menschen diese Bevormundung noch gefallen lassen.

Jetzt kann man nicht weitermachen als wäre nichts geschehen.

Die steirische KPÖ wird die Öffentlichkeit darüber informieren, dass alle steirischen Nationalrats- und Bundesratsabgeordneten von ÖVP, SPÖ, Grünen, FP und BZÖ für diese Verfassung gestimmt haben. Auch die steirischen EU-Abgeordneten Rack (VP) und Leichtfried (SP) waren für die Verfassung.

Das können die kritischen Sprüche der letzten Tage nicht vergessen machen. Sie alle hätten es in der Hand gehabt, eine Volksabstimmung in Österreich

auf die Tagesordnung zu setzen. Die EU-Verfassung soll eine Aufrüstungsverpflichtung für alle Mitgliedstaaten bringen, stellt die österreichische Neutra-

lität in Frage und schreibt einen Wirtschaftskurs fest, der den arbeitenden Menschen alle Lasten aufbürdet. Sie ist nicht vom Tisch. Vor allem der Rüstungskurs geht ungebremst weiter. Die Neutralität ist in Gefahr.

Dazu kann man eigentlich nur Nein sagen.

Franz Stephan Parteder



EU-Parlament als Privilegien-Paradies

Die Gehälter der EU-Abgeordneten werden unter dem Deckmantel der Vereinheitlichung nicht gekürzt, sondern alles in allem kräftig erhöht.

Darauf hat der parteifreie EU-Parlamentarier Hans Peter Martin aufmerksam gemacht. Das „Abgeordnetenstatut“ ist eine Mogelpackung. Denn hinter der zurückhaltenden Fassade der monatlichen 7.000 Euro-Bezüge tun sich Palasträume auf. Dadurch wird das Einkommen keineswegs sinken, sondern sogar auf 10.000 Euro ansteigen! Das Statut tritt nämlich erst im Jahr 2009 in Kraft – bis zur nächsten Wahl wird weiter kassiert wie bisher –, das Einkommen wird aber bis dahin wie bei EU-Beamten jährlich automatisch vorab

angepasst. In vier Jahren können EU-Parlamentarier so bereits mit 8.000 Euro rechnen. Außerdem gibt es eine neue Gratis-Luxuspension, bezahlt vom EU-Parlament. Schon nach fünf Jahren soll sie 1.200 Euro monatlich betragen. Außerdem wird nur noch eine geringe EU-Steuer auf das Einkommen und die Pension eingehoben, auch wenn die Abgeordneten weiter in Österreich leben. Und es gibt eine günstige Luxus-Versorgung bei Krankheit, zwei Drittel der Kosten trägt die EU extra. Die Reisekosten werden zwar nur nach

tatsächlichen Kosten verrechnet, aber man darf in Zukunft sogar regelmäßig in der Business-Klasse fliegen. Und die so genannte „Allgemeine Kostenvergütung“ von netto 3.785 Euro je Monat bleibt unangetastet. Sie ist für Büroaufwendungen abseits von Parlamentsbüros gedacht, doch es müssen dafür keinerlei Nachweise erbracht werden. Darum stecken schon jetzt viele EU-Parlamentarier diese Vergütung als weiteres Super-einkommen in ihre Tasche.

Im Windschatten der EU-Finanzkrise und der EU-Verfassungsprobleme, die jetzt die Öffentlichkeit beschäftigen, sollen neue Abgeordnetenprivilegien festgeschrieben werden.

Euro-Armee – Nein Danke!

Die EU-Verfassung ist mit Pauken und Trompeten gescheitert.

Umso empörender ist es, dass Teile davon trotzdem bereits jetzt umgesetzt werden. So ist Österreich bereits im Vorjahr der Verteidigungsagentur beigetreten und beteiligt sich am EU-Schlachtgruppenprogramm („battle groups“). Die Verteidigungsagentur dient der Ankurbelung milliardenschwerer EU-Rüstungsprojekte. Die EU-Schlachtgruppen sind aggressive Elitekampfeinheiten, die innerhalb weniger Tage rund um die Welt – auch ohne UN-Mandat – eingesetzt werden sollen. Die Teilnahme an diesen Militarisierungsprojekten widerspricht der Neutralität und ist sofort aufzukündigen.

Boris Lechthaler, Koordinator für das Friedensvolksbegehren: „Gerade die letzten Wochen haben gezeigt, dass auch in Österreich der Widerstand gegen die undemokratischen Anmaßungen von oben immer breiter und entschlossener wird. Neutralität ist kein totes Recht. Wenn im Frühjahr 2006, dem Halbjahr der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs, die Eintragungswoche für das Friedensvolksbegehren stattfindet, wird sich zeigen, dass die Menschen in Österreich die Neutralität als ein wirkungsvolles Instrument gegen die Unterordnung Österreichs unter die Militarisierung der EU betrachten“.

Friedensvolksbegehren:
Im Amtshaus **unterschreiben!**

Seit 1. Juni können Unterstützungserklärungen für das Friedensvolksbegehren in Graz nur mehr im Amtshaus unterschrieben werden:

Amtshaus, Schmiedgasse 26, III. Stock, Zimmer 357.
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr